



Projektland: Namibia

Quartal: Juli bis September 2010

Schlagzeilen

- Wahlanfechtungsklage in der entscheidenden Phase
- Heftige Diskussion um Verluste des staatlichen Pensionsfonds
- Inflationsrate steigt leicht an auf 4,8%
- N\$ (1 : 1 gebunden an ZAR) verliert gegenüber Euro
- Verhandlungen über EPA-Vertrag weiter ohne Erfolg
- Tourismus wieder mit Zuwachs
- Neue Zahl zur Arbeitslosigkeit: 51,2%

Kennzahlen

		Jahr	Quelle
Einwohnerzahl geschätzt	ca. 2,1 Mio.	2008	World Bank
Bevölkerungswachstum geschätzt	2,6 %	2008	CBS
Anteil der unter 15jährigen an der Bevölkerung	39 %		CBS
Klassifizierung	Oberes mittleres Einkommen	2008	World Bank
BIP	US\$ 8,6 Mrd.	2008	World Bank
Pro-Kopf-Einkommen	US \$ 6.720	2008	World Bank
PPP (IMF Schätzung)	US \$ 5.250	2008	World Bank
Arbeitslosigkeit	51,2 %	2008	MoL
Haushaltsdefizit (Ziel < 5,0%)	7,1 %	2010/11	MoF
Staatsverschuldung in % des BIP (Ziel < 30%)	20,0 %	2010/11	MoF
Inflationsrate	4,8 %	Sep 10	CBS
Reprorate	7,0 %	März 10	BoN
Staatsanteil bei Ausgaben in % des BIP (Ziel 30%)	22,8 %	2010/11	MoF
Staatsanteil bei den Einnahmen	32,3 %	2010/11	MoF
HDI	0,63	2008/09	CBS
HIV/Aids Verbreitung (15 – 49 Jahre)	17,3 %	2008	MoHSS
Ginikoeffizient	0,60	2008	CBS
Global Competitiveness Index (von 133 Ländern)	74	2009	WEF
Corruption Perception Index (von 180 Ländern)	4,5	2009	TI
Zusammensetzung BIP		2006	BoN
- Primärbereich	18 %		
- Sekundärbereich	21 %		
- Tertiärbereich	60 %		

MoHSS: Ministry of Health & Social Services

MoF: Ministry of Finance

TI: Transparency International

CBS: Central Bureau of Statistics

BoN: Bank of Namibia

WEC: World Economic Forum

1. Politik

Innenpolitik

Das oberste Gericht hat eine erste Entscheidung wegen der Wahlanfechtungsklage der Oppositionsparteien getroffen. Die Entscheidung der unteren Instanz, den Fall wegen eines Formfehlers abzuweisen, wurde aufgehoben. Das Obergericht muss jetzt eine Entscheidung treffen.

Die klagenden Oppositionsparteien und die Beklagten, die Wahlkommission und die SWAPO, einigten sich, dass keine weitere Prüfung der Anträge und Beweismittel nötig ist. Der bei der ersten Anhörung agierende Richter soll auch das Urteil sprechen. So werden weitere Verzögerungen, erneute hohe Gerichtskosten und eine Wiederholung der Diskussion über die Gründe der Wahlanfechtung vermieden.

Es ist jetzt abzuwarten, ob das Gericht die Entscheidung noch vor den Regional- und Kommunalwahlen Ende November, am 26. und 27. November 2010, verkündet.

Die Abgeordneten von RDP und RP haben sich nach Verkündung der Entscheidung auch als Parlamentarier vereidigen lassen. Die RP, als eine der ältesten Parteien des Landes, hat danach auch ihre Auflösung und die Verschmelzung der Strukturen mit der RDP verkündet. Das Parlament ist jetzt vollständig.

Im Vorfeld der Regional- und Kommunalwahlen haben die Oppositionsparteien versucht, sich auf ein Wahlbündnis zu organisieren. Erwartungsgemäß konnte man sich nicht einigen, so gibt es nur einige kleinere Wahlbündnisse auf regionaler und kommunaler Ebene.

Um diese Wahlen durchführen zu können, wurde die Amtszeit der umstrittenen Wahlkommission verlängert.

Die Auswahl der Kandidaten für die Wahlen brachten einige Überraschungen, vor allem auf den Listen der regierenden SWAPO. Entsprechend einem Beschluss dürfen keine Kandidaten, die irgendwelche gesetzwidrigen Verfehlungen in ihrem Lebenslauf haben, oder gegen die derzeit ermittelt wird, auf den Listen der SWAPO erscheinen.

Die Regierung hat beschlossen, die Regionalgouverneure, die bislang von den Regionalräten aus deren Reihen gewählt wurden, einzusetzen. Einige Gouverneure konnten sich bereits bei der Kandidatenauswahl nicht mehr durchsetzen.

Über den Ausgang der beiden Wahlgänge wird derzeit viel spekuliert, es wird erwartet, dass die Dominanz der SWAPO vielerorts verringert wird.

Die Verluste des „Government Institutions Pension Fund“ von rund N\$ 600 Mio. (ca. Euro 70 Mio.) bei der Vergabe von Krediten führen zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften. Diese bestehen auf das lückenlose Aufklären der Vorgänge, die zu den Verlusten führte. Betroffen sind alle ehemaligen Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung und auch in etwa drei Jahren die Steuerzahler, wenn die Verluste durch staatliche Zuschüsse ausgeglichen werden müssen, um die Höhe der Pensionen weiter zu garantieren.

Außenpolitik

Auf dem SADC-Gipfel in Windhoek wurde Präsident Pohamba zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er sieht die Stärkung des Handels innerhalb der SADC als seine wichtigste

Aufgabe. Eine Bestandsaufnahme während des Gipfels zeigte, dass rund 40% der SADC-Bewohner unter dem Existenzminimum leben.

Präsident Pohamba nahm an der 65. Vollversammlung der Vereinten Nationen teil.

Die Abkommen zwischen Deutschland und Namibia über die Finanzierung des Baus einer vierten Turbine beim Kraftwerk Ruacana ist endlich unterschrieben. Dadurch steigt die Kapazität der namibischen Stromerzeuger um 92 MW auf 476 MW, etwas mehr als dem aktuellen Verbrauch von 451 MW. Deutschland gibt ein zinsgünstiges Darlehen von Euro 35 Mio., der Bau soll im März 2012 abgeschlossen sein.

Staatsfinanzen

Der Wert des namibischen Dollar bleibt im Verhältnis zu US\$ sehr stark, im Verhältnis zum Euro stark. Dies wirkt sich auf die Handelsbeziehungen aus, trotz der relativ hohen Preise boomt der Tourismus.

Die Inflationsrate bleibt stabil bei knapp unter 5 %. Für den leichten Anstieg sind vor allem steigende Lebensmittelpreise verantwortlich. Die Vorschau für das Bruttosozialprodukt für 2010 wurde auf 4 - 5% korrigiert.

Volkswirtschaft

Das Handelsvolumen zwischen der VR China und Namibia steigt stetig und betrug während der ersten Hälfte des Jahres 2010 N\$ 2.5 Mill. (ca. Euro 300 Mio.), ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 20%.

Die Zahl der Touristen geht wieder stark nach oben, nach dem die Hoffnungen auf einen Zuwachs während der Fußballweltmeisterschaften nicht erfüllt wurden. Namibia Wildlife Resorts, die halbstaatliche Organisation für die staatlichen Restcamps musste sich wieder an die Regierung wegen einer sofortigen Finanzhilfe um N\$ 322 (ca. Euro 35 Mio.) wenden, um drastische Maßnahmen wie Entlassung von Mitarbeitern und der Schließung von unprofitablen Einrichtungen zu vermeiden. Die Betreiber einer „Waterfront“ in Katima Mulilo stehen vor dem Bankrott und verlangen von der Regierung N\$ 65 Mio. (ca. Euro 7 Mio.) um weiterbauen zu können.

Weatherly Investment will mehr als N\$ 100 Mio. (ca. Euro 11 Mio.) in gegenwärtig stillgelegte Kupferminen investieren. Hinzu kommen weitere Investitionen aus dem Ausland für andere Minen.

Namdeb, der größte Betreiber von Diamantenminen kündigte ein großes Investitionsprogramm für die nächsten Jahre an.

Das alljährliche Robbenschlagen hat wieder begonnen. Dieses Jahr sollen 86.000 Tiere geschlachtet werden. Namibia hat allerdings eine viel zu große Zahl von Robben an der Küste.

Gesellschafts- und Sozialpolitik

Die Regierung veröffentlichte jetzt die neuen und schockierenden Zahlen zur Arbeitslosigkeit. Demnach sind 51,2% der Namibier arbeitslos.

Auf einem Kongress des Dachverbands der namibischen Gewerkschaften wurde harsche Kritik an dem Verhalten von chinesischen Investoren laut.

Mit Hilfe von UNDP will die Regierung einen erneuten Anlauf unternehmen, den aufgeblähten öffentlichen Dienst zu rationalisieren, sprich verkleinern.

Die Regierung erkennt, dass das Neusiedlerprogramm im Rahmen der Landreform überarbeitet werden muss, um wirklich Erfolge bei der Reduzierung von Arbeitslosigkeit und Armut zu erreichen.

Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung eines allgemeinen Rauchverbots in öffentlichen Gebäuden und der Öffentlichkeit zugänglich Plätzen sollen bis November feststehen.

Die Afrikaner wollen sich jetzt als traditionelle Volksgruppe registrieren lassen. Derzeit sind 45 solcher Gruppen registriert.

Bei einer internationalen Konferenz zur Korruptionsbekämpfung wurde mit deutlichen Worten auf die Gefahren der um sich greifenden Korruption hingewiesen.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Wolfgang Kleine, Projektleiter Namibia
Redaktion: Tina Icks, Projektbüro Namibia
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: + 49 (0) 89 1258-0 – Fax + 49 (0) 89 1258-359
E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 10. Oktober 2010